

Universität in Seoul (XNA, 31.10.81),

- der Verletzung nordkoreanischen Luftraums durch zwei F-5A-Kampfflugzeuge der "US-Südkoreanischen Streitkräfte" (XNA, 31.10.81)

- und der Abhaltung der 24. Olympischen Sommerspiele 1988 in Seoul. Dieser Beschluß verstoße gegen den "Geist der Olympischen Bewegung", weil Südkorea mit seiner Bewerbung um die Olympischen Spiele in Wirklichkeit ein politisches Ziel verfolgt habe, nämlich seine Selbstdarstellung als eigenständiger Staat, der dann logischerweise auch in der Lage sein müsse, selbständig in die UNO einzutreten (XNA, 4.12.81).

-we-

INTERNATIONALE ORGANISATIONEN UND KONFERENZEN

(7) China zahlt nun doch die Beiträge für die UNO-Friedenstruppen

Nach Art.19 der UNO-Satzung verliert derjenige Staat sein Abstimmungsrecht in der UNO-Generalversammlung, dessen Beitragsrückstände genauso hoch oder höher sind als seine in den beiden zurückliegenden Jahren zu leistenden Beiträge.

China hat sich seit seinem UNO-Beitritt i.J. 1971 beharrlich geweigert, an der Abstimmung über die Erteilung oder die Verlängerung von Mandaten für UNO-Friedenstruppen teilzunehmen, geschweige sich daran finanziell zu beteiligen.

Seit 1973 wurden drei "UN Peacekeeping Forces" in den Mittleren Osten entsandt, nämlich die UN Interim Force in Lebanon (UNIFIL), die UN Disengagement Observation Force (UNDOF) auf den Golanhöhen und die 2nd UN Emergency Force im Sinai.

Beginnend mit dem 1. Januar 1982 wäre nun eigentlich, da die Voraussetzungen des Art.19 erfüllt sind, der Stimmverlust der VR China in der Vollversammlung wirksam geworden.

Auf Antrag Pakistans und mehrerer anderer China-Freunde beschloß die Generalversammlung jedoch mit 115 gegen 13 Stimmen bei 2 Enthaltungen, daß die Folgen des Art.19 nicht eintreten sollen. Vielmehr möge der UNO-Generalsekretär die Schulden Chinas zwischen dem 25. Oktober 1971 und dem 31. Dezember 1981 zusammenrechnen und sie auf einem Sonderkonto festschreiben. China seinerseits möge sich verpflichten, die Summe umgehend zu begleichen.

Der chinesische Vertreter Ling Qing erklärte denn auch, daß China nunmehr "angesichts des grundlegenden Wandels in der internationalen Situation und der immer wichtiger werdenden friedenserhaltenden Rolle" der UNO-Friedenstruppen "bereit" sei, seine Rückstände zu begleichen und in Zukunft eine "flexiblere Haltung", und zwar auf einer "Von-Fall-zu-Fall-Basis", einzunehmen (XNA, 11.12.81).

Gegen den Beschluß hatten die So-

wjetunion, Vietnam und andere Ostblockländer gestimmt (XNA, 15.12.81).

-we-

(8) Beijings wachsende Bedeutung als Konferenzort für die Diskussion weltumspannender Fragen

Der "Club of Rome" hat in den letzten Jahren mehrere Dokumente herausgebracht, die weltweit Aufmerksamkeit erregt haben. Vielleicht war es dieses römische Vorbild, das die Chinesen dazu angespornt hat, sich auf ihre traditionelle Rolle als "Reich der Mitte" erneut zu besinnen und künftig Beijing häufiger zum Tagungsort wichtiger internationaler Konferenzen zu machen.

So wurde beispielsweise von einer in Beijing abgehaltenen Konferenz asiatischer Parlamentarier am 30. Oktober 1981 die "Beijinger Deklaration über Bevölkerung und Entwicklung" herausgegeben, die die Staaten im asiatischen Raum dazu aufruft, bis zum Jahre 2000 das Bevölkerungswachstum auf eine Zuwachsrate von 1% pro Jahr zu drücken. Außerdem solle die UNO einen "Weltbevölkerungstag" festlegen. Die Deklaration unterstützt den Vorschlag der "Deklaration von Colombo" (1979), i.J. 1984 eine von der UNO einberufene Weltbevölkerungskonferenz abzuhalten, überprüft die in den zehn Jahren seit der Bukarester Konferenz gemachten Fortschritte und legt für weitere Maßnahmen die Richtung fest. Auch der UNO-Bevölkerungsfonds solle erhöht werden.

Mit 2,6 Milliarden Einwohnern lebten heute in Asien 60% der Weltbevölkerung. Gerade hier müsse dem Problem also besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden.

An der Konferenz hatten über 200 Parlamentarier, Gelehrte aus 19 Ländern und Vertreter internationaler Organisationen teilgenommen. Die verschiedenste Familienplanung wird bisher in Indonesien ("zwei Kinder pro Familie", in Malaysia ebenso) und in der VR China betrieben.

Die chinesische Seite versäumte nicht, ihre eigenen bisherigen Erfahrungen modellhaft herauszustellen: 1970 habe die natürliche Wachstumsrate der chinesischen Bevölkerung noch bei 25,95 pro Tausend gelegen, 1979 nurmehr bei 11,66. Damit sei die Schere zwischen Bevölkerung und Entwicklung weiter geschlossen worden. China arbeite darauf hin, daß seine Gesamtbevölkerung am Ende des 20. Jhdts. die Grenze von 1,2 Milliarden nicht überschreitet (XNA, 27.10.81).

Die Konferenz dauerte vom 26. bis 30. Oktober. China sah sie in der Tradition von vier Vorgängerkonferenzen, die in Bukarest (1974), Colombo/Sri Lanka (1979), Kuala Lumpur (1980) und Nairobi/Kenia (Juli 1981) abgehalten worden waren (XNA, 22.10.81).

Mitte November schloß sich China - offensichtlich im Gefolge der Konferenz - der in London beheimateten "International Planned Parenthood Federation" (IPPF) an (XNA, 17.11.81).

Eine weitere Konferenz war das dreitägige Seminar über den "Wandel der ländlichen Umgebung", an dem Architekten, Umweltplaner und Wissenschaftler aus Pakistan, Ägypten, den USA, Frankreich, Sudan, Türkei, Italien, Algerien und China teilnahmen (XNA, 22.10.81).

Ebenfalls im September wurde die zweite Asiatische Konferenz über Fernsteuerungsfragen abgehalten (XNA, 29.10. und 4.11.81).

Ergänzt wurde dieser Konferenzreigen durch ein siebentägiges internationales Seefahrtsseminar, das diesmal allerdings in Shanghai stattfand (XNA, 17.12.81).

-we-

INNENPOLITIK

(9) Aufgaben der KPCh für 1982

Die "Rote Fahne" veröffentlichte Mitte Dezember 1981 einen von der Redaktion gezeichneten Artikel über "Einige Fragen, denen gegenwärtig Aufmerksamkeit geschenkt werden muß" (HQ, 1981/24, S.2-7), in dem auf folgende sechs Themenbereiche eingegangen wird:

1. Was sind gegenwärtig und in Zukunft die grundlegendsten Aufgaben der Partei?

1.1. Entwicklung der Volkswirtschaft

1.2. Entwicklung einer geistigen Zivilisation

2. Was sind die Ziele für die Wirtschaftsentwicklung?

2.1. Quantitative und qualitative Steigerung der Produktion.

2.2. Steigerung des landwirtschaftlichen Bruttoproduktionswertes um über 4%.

2.3. Steigerung des industriellen Bruttoproduktionswertes um über 5%.

3. Worin besteht die angestrebte geistige Zivilisation des Sozialismus?

3.1. (bis 3.4.) Die genannten vier Zielsetzungen sind im Wortlauf identisch mit einem Kommentar der "Volkszeitung" vom 4. Dezember 1981 (siehe Übersicht "Geistige Zivilisation des Sozialismus", 'Fünf Gebote' und 'Vier gute Tugenden' in diesem Heft).

4. Was ist unter der Wiedererweckung des revolutionären Geistes zu verstehen?

4.1. Bei dieser Initiative des Zentralkomitees geht es dem Artikel zufolge vor allem um die Analyse und Lösung neuentstandener Probleme und die Entwicklung neuer Methoden hierfür. Hierzu müßten die Funktionäre wiederum ihr Bildungsniveau heben, und zwar nicht nur durch theoretisches Studium, sondern vor allem durch Weiterbildung in der Arbeitspraxis. Im Klartext heißt dies offenbar: Mehr Engagement für den neuen Kurs!

4.2. Zielgruppe dieser Forderung sind

solche Funktionäre, die ihre Arbeit aus den verschiedensten Gründen ohne Energie und Einsatz ausführen:

4.2.1. Alte und gebrechliche Kader hätten zwar einen starken revolutionären Geist, doch ihr Körper sei schwach. Sie sollten im Fall ihrer Arbeitsunfähigkeit ins zweite Glied zurücktreten. Nach ihrem Rückzug aus dem politischen Tagesgeschäft müßten sie jedoch "sehr gut versorgt" werden.

4.2.2. Unter jenen Funktionären, die während der Kulturrevolution zum Teil schwere Fehler begangen hätten, mangle es an Enthusiasmus für die Arbeit. Gegenüber jenen, die in einem gewissen Maße Selbstkritik geleistet hätten, sollte nach Ansicht des Zentralkomitees Nachsicht geübt werden, da sich dies positiv auf ihre Arbeitshaltung ausüben werde.

4.2.3. Wiederum andere Funktionäre, die ursprünglich äußerst aktiv gewesen wären, seien nach einer gewissen Zeit in ihrem Eifer abgeschlafft, weil sie von schlechten Elementen, ausgelacht, isoliert oder sogar angegriffen worden seien. Teilweise seien ihre geringfügigen Fehler maßlos übertrieben worden, was ihren revolutionären Enthusiasmus erlahmen lassen habe. Dies müsse in Zukunft vermieden werden.

4.2.4. Einer anderen Gruppe von Kadern bzw. "Genossen" mangle es an einem energischen revolutionären Geist, weil es ihnen an Zuversicht in die Zukunft fehle. Sie kümmern sich nur um ihre eigenen Interessen, weil sie kein Vertrauen in das Kollektiv, den Staat und die Partei hätten. Durch mehr und bessere Propaganda müsse versucht werden, die Zuversicht der Menschen, insbesondere der Jugendlichen, in die revolutionäre Zukunft zu stärken.

5. Was bedeutet die marxistische Massenlinie?

Während der Kulturrevolution sei der Massenlinien-Standpunkt sehr vieler KPCh-Mitglieder ziemlich heruntergekommen. Obwohl sich dieser Zustand in den letzten Jahren etwas gebessert habe, hätten viele Parteimitglieder immer noch kein richtiges Verständnis hierüber. Folgende Klarstellungen seien deshalb notwendig:

5.1. Die KPCh müsse sich voll und ganz für die Interessen des Volkes einsetzen, und die Funktionäre dürften ihre amtlichen Vollmachten nicht für ihre privaten Zwecke ausnutzen.

5.2. Die KPCh müsse sich um die Leiden und Wünsche der Volksmassen kümmern und alles daran setzen, ein paar gute Dinge für das Volk zu tun. Auf der anderen Seite sollten die Kader nicht immer die Hand nach dem Staat ausstrecken, wenn es darum ginge, dem Volk zu helfen. Die Interessen des Staates, des Kollektivs und des Individuums müßten entsprechend berücksichtigt werden und es sei unzulässig, die Individualinteressen über die Interessen des Staates und des Kollektivs zu stellen.

5.3. Die KPCh müsse nicht nur für die augenblicklichen Interessen der Massen eintreten, sondern sie müsse

sich auch und vor allem für die langfristigen Interessen der Bevölkerung einsetzen, d.h. im großen Maße die Produktion vorantreiben. Sehr viele Dinge der sozialen Wohlfahrt und Fürsorge könnten und müßten von der Bevölkerung selbst geregelt werden.

6. Was sind die Hauptaufgaben der Führungsorgane?

6.1. Umfassende Analyse von Problemen, d.h. Untersuchungen vor Ort, Forschung und Beratung, Überprüfung (der Untersuchungs- und Beratungsergebnisse an Ort und Stelle) sowie Überwachung und Beschleunigung (der getroffenen Maßnahmen). In den letzten Jahren seien zuwenig Untersuchungen vor Ort angestellt worden. Man habe sich sehr oft ausschließlich auf die Angaben der direkt untergeordneten Ebene verlassen. Dies habe sich negativ auf die ergriffenen Maßnahmen ausgewirkt. In Zukunft müßten politischen Entscheidungen umfangreiche Untersuchungen und Analysen der zu lösenden Probleme vorangehen, um bessere Maßnahmen erarbeiten zu können.

6.2. Entscheidung von politischen Maßnahmen und Erlaß von Gesetzen und Bestimmungen.

Die Mehrzahl der in dem Hongxi-Artikel vorgebrachten Forderungen an die Funktionäre und Parteimitglieder hatte also eines der beiden gegenwärtigen innenpolitischen Zentralthemen, die "Verbesserung des Arbeitsstils der Partei", zum Inhalt (das andere innenpolitische Zentralthema ist die Kritik an "bürgerlichen Liberalisierungstendenzen"). Hierbei geht es um zwei Hauptziele:

1. Einschränkung von Korruption, Privilegiensucht und Bürokratismus in den eigenen Reihen.
 2. Steigerung der Arbeitseffizienz der Partei- und Staatsorgane.
- sch-

(10) Hu Qiaomu über "bürgerliche Liberalisierungstendenzen"

Das theoretische Organ des ZK der KPCh, die "Rote Fahne", veröffentlichte am 1. Dezember 1981 die Rede von Hu Qiaomu auf dem Forum über Probleme an der ideologischen Front am 8. August 1981 (HQ, 1981/Nr. 23, S. 2-22). Da es sich bei dem 21 Seiten umfassenden Text um die Abschlusserklärung auf diesem Forum handelt, dürfte er eine Zusammenfassung der Ergebnisse dieser von der ZK-Propagandaabteilung einberufenen Konferenz darstellen. Der Autor der über dreistündigen Mammutrede ist u.a. Vorsitzender der Akademie der Sozialwissenschaften (Brain-Trust der nachmaoistischen Führung) und Sekretär des ZK-Sekretariats. Im ZK-Sekretariat ist Hu Qiaomu zusammen mit Wang Renzhong zuständig für die Bereiche Ideologie, Kultur und Propaganda. Das Forum über ideologische Probleme war Anfang 1981 im Auftrag des ZK der KPCh veranstaltet worden, um die u.a. von Deng Xiaoping beklagte lasche Haltung innerhalb der Partei gegenüber "bürgerlichen Liberalisierungstendenzen" zu kritisieren und die Kritik und den Kampf gegen den "bürgerlichen Liberalisierungs-

trend" zu vereinheitlichen (siehe auch C.a., September 1981, S. 564-565, 601-602).

Die Rede Hu Qiaomus ist offenbar das Produkt einer Diskussion, bei der der eine oder andere Parteiführer wahrscheinlich auf verschiedene Zusätze zum Text bestand. Offenbar aus diesem Grund ist das Manuskript extrem langatmig und unsystematisch ausgefallen. Im folgenden wird versucht, den wesentlichen Inhalt der Rede systematisch zusammenzufassen.

Gleich zu Beginn seiner Rede betonte Hu Qiaomu, daß sich die Politik der Partei bezüglich der Ideologie und der Kultur nicht geändert habe. Es gehe gegenwärtig vielmehr darum, den ideologischen Kampf an "beiden Fronten" zu führen, d.h. nicht nur gegen "linkes" Gedankengut vorzugehen, sondern auch entschieden gegen den ideologischen Trend einer "bürgerlichen Liberalisierung" aufzutreten.

Mit Hilfe einer Reihe von Zitaten versucht Hu Qiaomu zu beweisen, daß "es der konsequente Kurs des ZK seit der 3. Plenartagung gewesen ist, den Trend einer bürgerlichen Liberalisierung und die schlaffe und schwache Haltung einiger Organisationen und Genossen in dieser Frage zu bekämpfen" (S. 4). Da diese Beweisführung allein vier Seiten (19% der Rede) ausmacht, liegt der Schluß nahe, daß innerhalb der Partei und wahrscheinlich vor allem innerhalb der Armee von maoistisch orientierten und dogmatisch-konservativen Kräften die Ansicht vertreten wird, daß das von der Deng-Fraktion majorisierte ZK das Entstehen bürgerlicher Liberalisierungstendenzen überhaupt erst zugelassen habe und zu spät und zu lasch dagegen vorgegangen sei. Gegen diese Ansicht führt Hu Qiaomu u.a. die "Vier grundlegenden Prinzipien" an, die von Deng Xiaoping bereits am 30. März 1979 aufgestellt worden waren.

Die Schuld für die ungenügende Kritik an bürgerlichen Liberalisierungstendenzen wird von Hu Qiaomu "sehr vielen Genossen" zugewiesen, die die verschiedenen ZK-Weisungen zur Kritik an bürgerlichen Liberalisierungstrend nicht richtig verstanden, verstanden oder sogar mißachtet hätten. "Viele Genossen" hätten in dieser Frage eine sehr lasche Haltung eingenommen - einige wenige hätten sogar die Existenz eines bürgerlich-liberalen Trends negiert und ihn sogar zu schützen versucht. Selbst "eine winzige Anzahl" von ziemlich hochrangigen Funktionären habe gegenüber Liberalisierungstendenzen Sympathie bekundet und sie unterstützt. Dies stelle ein schwerwiegendes Problem für die gesamte Partei dar und müsse unbedingt gelöst werden. Hierin läge auch die Ursache, warum die diesbezüglichen Anweisungen des ZK in den letzten zweieinhalb Jahren keinen großen Erfolg gehabt hätten. Und deshalb sei das Zentralkomitee auch gezwungen gewesen, speziell diese Konferenz einzuberufen, um seinen Kurs der Kritik an bürgerlichen Liberalisierungstendenzen zu betonen. Auch das ZK-Sekretariat habe bisher zuwenig konkrete und effektive Maßnahmen ergriffen, um den Problemen bei der ideologischen Arbeit Herr zu

werden. In diesem Zusammenhang übte Hu Qiaomu, der zusammen mit Wang Renzong im ZK-Sekretariat für ideologische Arbeit zuständig ist, Selbstkritik und akzeptierte die ihm gegenüber in diesem Zusammenhang gemachten Vorwürfe.

Neben der laschen Haltung der zuständigen Parteiorgane nennt Hu Qiaomu folgende Ursachen für die Entstehung bürgerlicher Liberalisierungstendenzen:

1. Objektive soziohistorische Ursachen:

1.1. Kulturrevolution (siehe hierzu auch weiter unten unter 3.).

1.2. Einfluß bürgerlicher Ideologien vom Ausland.

2. Subjektive Ursachen (bzw. fehlerhafte politische Standpunkte von "Genossen", vor allem innerhalb der KPCh):

2.1. Falsches Verständnis der "Hundert-Blumen"-Politik: Ziel dieser Politik sei die Entwicklung korrekter und richtiger Dinge und die Überwindung falscher und rückständiger Sachen. Sie stelle daher in keiner Weise einen Freibrief für absolute Freiheit dar.

2.2. Zweifel an der Notwendigkeit der sozialistischen Revolution in China und an der Möglichkeit ihrer Realisierung: Nach Ansicht einiger Genossen könne der Sozialismus nur auf einer hochentwickelten ökonomischen Basis aufgebaut werden, die in China nicht vorhanden sei. Einige wenige seien sogar der Ansicht, daß China zur Periode der "Neuen Demokratie" zurückkehren und einen Staatskapitalismus entwickeln müsse. Diese "extrem falschen" Auffassungen sind Hu Qiaomu zufolge nicht nur ein Ausdruck des bürgerlichen Liberalisierungstrends, sondern stellen auch eine gewisse 'theoretische' Basis für diesen Trend dar.

2.3. Zweifel an der wissenschaftlichen Theorie der "Mao-Zedong-Ideen".

2.4. Konstruierung eines angeblichen Widerspruchs zwischen dem Prinzip der Führung durch die Partei und der sozialistischen Demokratie. Einige wenige Genossen lehnten die alleinige Führung durch die KPCh ab und forderten sogar die Einführung des bürgerlichen Mehrparteiensystems, des bürgerlichen Parlamentarismus, des bürgerlichen Wahlsystems etc. Diese fehlerhaften Auffassungen stellten eine weitere 'theoretische' Basis für den bürgerlichen Liberalisierungstrend dar.

2.5. Mangelndes Vertrauen in die Fähigkeit der Partei, das Volk beim Aufbau eines blühenden, reichen und starken Landes zu führen. Übertreibung einiger negativer Seiten der Partei (Privilegien, Bürokratismus usw.), Aufstellung verschiedener 'Theorien' (z.B. die Theorie von der Existenz einer Bürokratenklasse; Anm. d. Verfassers - siehe hierzu C.a., Februar 1981, S.117) und Diffamierung der Partei.

2.6. Falsches Verständnis der "Be-

freiung des Denkens" und Konstruierung eines Widerspruchs zwischen den "Vier grundlegenden Prinzipien" und der "Befreiung des Denkens".

Hu Qiaomu zufolge haben sich die genannten Fehler in Literatur, Kunst und anderen Bereichen der ideologischen Arbeit niedergeschlagen. Es müsse jedoch betont werden, daß diese Liberalisierungstendenzen lediglich an der "ideologischen Front" aufgetreten seien und nur "sehr wenige Genossen" infiziert hätten. Bürgerliche Liberalisierungstendenzen stellten keinesfalls die Hauptströmung an der ideologischen Front dar, und die große Mehrheit der dort Arbeitenden setze sich ernsthaft und erfolgreich für das Volk und den Sozialismus ein. Keinesfalls dürfe man angesichts der Kritik an bürgerlichen Liberalisierungstendenzen übersensibel reagieren und meinen, daß die bürgerliche Liberalisierung nahezu überall wuchere und daß die Mehrzahl der Theoretiker und der Literatur- und Kunschtchaffenden in dieser Hinsicht Fehler begangen hätten. Allerdings müsse gegenüber einigen Fehlern auf dem ideologischen und kulturellen Sektor eine ernste Kritik und Selbstkritik geübt werden, um eine Ausbreitung des Einflusses dieser Fehler zu verhindern.

Für die Notwendigkeit des Kampfes gegen den bürgerlichen Liberalisierungstrend werden von Hu Qiaomu drei Argumente ins Feld geführt:

1. Die bürgerliche Liberalisierung richte sich gegen die "Vier grundlegenden Prinzipien", vor allem gegen die Führung durch die KPCh.

2. Bei dem bürgerlichen Liberalisierungstrend handle es sich um eine bedeutende politische Tendenz: "Eine falsche Geistesströmung, die einen breiten sozialen Einfluß ausübt (sic!), unterscheidet sich von Fehlern mit individuellem oder untergeordnetem Charakter. Wenn sie nicht kritisiert und kontrolliert wird, kann sie ähnlich einer Infektionskrankheit die geistige Gesundheit und Stabilität und Einheit der gesamten Gesellschaft bedrohen und sogar Katastrophen wie die 'Kulturrevolution' hervorrufen." (S.15)

3. Wenn nicht gegen die bürgerlichen Liberalisierungstendenzen vorgegangen werde, gäbe man den Anhängern des kulturrevolutionären Linkskurses einen Vorwand, um gegen den seit der 3. Plenartagung gültigen Kurs Front zu machen. Seit Dezember 1978 hätten diese Leute ohnehin das Auftreten bürgerlicher Liberalisierungstendenzen dazu benutzt, um andere gegen das neuzusammengesetzte Zentralkomitee aufzubringen. Diese zusätzliche negative Auswirkung der bürgerlichen Liberalisierung dürfe man nicht unterschätzen. Wenn es der heutigen Parteiführung nicht gelänge, die bürgerliche Liberalisierung nicht gründlich und wirksam zu bekämpfen, so würde dies nach der Sophistik dieser Leute beweisen, daß die kulturrevolutionären Methoden "wirksamer" seien - zumal bürgerliche Liberalisierungstendenzen während der Kulturrevolution nicht aufgetreten seien. Tatsächlich hätten aber gerade die kulturrevolutionären Ereignisse dazu ge-

führt, daß ein Teil der Jugend und Parteimitglieder Zweifel an der Partei und am Sozialismus bekommen und ihre diesbezüglichen Hoffnungen verloren hätten. So sei der gegenwärtige bürgerliche Liberalisierungstrend im großen Maße eben gerade das Ergebnis der Kulturrevolution (und nicht des nachmaoistischen Kurses der 3. Plenartagung vom Dezember 1978).

Umgekehrt muß nach Ansicht Hu Qiaomus aber auch die Kritik an der linken Leitideologie fortgesetzt werden, um den Vertretern einer bürgerlichen Liberalisierung nicht entsprechende Vorwände zu liefern. Gleichfalls dürften auf keinen Fall die alten kulturrevolutionären Methoden zum Kampf gegen die bürgerliche Liberalisierung angewendet werden. Obwohl Hu Qiaomu zu Anfang seiner Rede die Notwendigkeit des "Kampfes an beiden Fronten" (liang tiao zhanxian de douzheng) betont, geht er auf den folgenden 19 Seiten (90% der Rede) ausschließlich auf die Kritik an bürgerlichen Liberalisierungstendenzen ein.

Zur Überwindung des bürgerlichen Liberalisierungstrends ist es Hu Qiaomu zufolge notwendig, daß die Führung der Partei über den ideologischen Sektor (Geisteswissenschaften, Kunst, Literatur, Massenmedien, Erziehung usw.) gestärkt wird. Hierfür müsse zunächst die lasche Haltung in den eigenen Reihen gegenüber der ideologischen Arbeit beseitigt werden. Dies könne vor allem durch die Überwindung der innerparteilichen Differenzen und durch die Vereinheitlichung der entsprechenden politischen Maßnahmen erreicht werden. Kritik und Selbstkritik seien hierfür ein probates Mittel, das - wenn notwendig - auch zu einem "ideologischen Kampf" (sixiang douzheng) ausgeweitet werden könne. Die Kritik müsse jedoch berechtigt und fair sein, und man dürfe auf gar keinen Fall zu den Methoden der Kulturrevolution zurückkehren. Während der ideologischen Diskussionen "im Volk" (d.h. nicht zwischen "Volk" und "Feind") müßten nicht nur Kritik, sondern auch Gegenkritik und die Äußerung abweichender Meinungen erlaubt sein. Dem Kritisierten müsse die Möglichkeit gegeben werden, seinen eigenen Standpunkt darzulegen sowie seine Fehler zu erkennen und zu korrigieren (sic!).

In Kunst und Literatur soll sich die Partei Hu Qiaomu zufolge nicht willkürlich einmischen. Das ZK der Partei habe jedoch zur Kritik an "Bittere Liebe" aufrufen müssen, weil sich die Literatur- und Kunstkritik zu lasch gegenüber dem bürgerlichen Liberalisierungstrend verhalten habe. Die Kritik an "Bittere Liebe" und dem darauf basierenden Film "Der Mensch und die Sonne" sei jedoch eine Sache der Schriftsteller und Künstler selbst. Bei der Kritik auf dem Literatur- und Kunstsektor müßten - so wiederholte Hu Qiaomu - die Darlegung und Verteidigung des eigenen Standpunktes, Gegenkritik und die Äußerung abweichender Meinungen erlaubt sein. Für Bai Hua scheinen diese Spielregeln offenbar nur partiell zu gelten, denn eine Gegenkritik durfte er zumindest nicht veröffentlichen: Wird der Fall Bai Hua von der

Partei also doch nicht als ein "Widerspruch im Volke", sondern als ein "Widerspruch zwischen uns (KPCh) und dem Feind" oder als ein Zwitter dieser beiden Widerspruchsarten betrachtet?

Zum Fall Bai Huas führt Hu Qiaomu weiterhin aus, daß das Drehbuch "Bittere Liebe" "schwerwiegende politische Fehler" aufweise. Einer dieser Fehler sei es, daß die Motive für die Kulturrevolution extrem einseitig dargestellt und dann willkürlich übertrieben worden seien - der parteioffiziellen Einschätzung zufolge waren Maos Motive im Zusammenhang mit der Kulturrevolution gut, während lediglich seine Einschätzung der politischen Lage fehlerhaft gewesen sei. "Bittere Liebe" und der darauf basierende Film "Der Mensch und die Sonne" würden dem Publikum Gefühle der Angst und der Verzweiflung aufzwingen und den Eindruck vermitteln, daß es im sozialistischen China auch nicht einen Lichtblick gäbe und daß der Glanz nur in den kapitalistischen Staaten zu finden sei. Bai Hua und der Regisseur des Films hätten alles unternommen, um ihren falschen politischen Standpunkt zum Ausdruck zu bringen, so daß diese beiden Werke eher Dichtungen und Karikaturen des falschen politischen Standpunktes ihrer Urheber als echte Reflektionen des realen Lebens darstellten. Die Literatur- und Kunstkritiker hätten nicht nur eine längere Zeit keine angemessene Kritik an "Bittere Liebe" geübt, sondern sogar die Herstellung des darauf basierenden Films erlaubt. Nach der Kritik der "Zeitung der Volksbefreiungsarmee" am 30. April 1981 hätten es einige Genossen immer noch an einer klaren Haltung fehlen lassen und hätten stattdessen sogar die VBA-Kritik bemängelt. Dies sei nicht nur ein Zeichen der Schwäche, sondern stelle auch eine Verletzung der Amtspflichten dar. Man müsse diese Genossen fragen, wie es mit ihrem Parteigeist bestellt sei.

Hu Qiaomu zufolge sollen Kunst und Literatur "dem Volk und dem Sozialismus dienen". Diese neue vom ZK festgelegte Richtlinie sei korrekter als die frühere Parole, nach der Literatur und Kunst den "Arbeitern, Bauern und Soldaten" und der "Politik" zu dienen hätten. Zum werktätigen Volk zählten schließlich auch die Intellektuellen, und der Slogan "Der Politik dienen" sei mißverständlich, da er früher sogar dahingehend ausgelegt worden sei, daß Literatur und Kunst einem bestimmten Politiker blind zu dienen hätten. Hu vertrat die Ansicht, daß man an dem "grundlegenden Geist" der Reden Maos bei der Aussprache über Literatur und Kunst in Yan'an (Mai 1942) auch in Zukunft festhalten müsse. Allerdings seien einige der darin von Mao geäußerten Ansichten nicht exakt und hätten einen schlechten Einfluß auf die Entwicklung von Kunst und Literatur seit 1949 gehabt. Später habe Mao den Fehler begangen, die Schriftsteller, Künstler und alle Intellektuellen als einen Teil der Bourgeoisie einzuschätzen und sogar als "Vertreter der schwarzen Linie" und "Rinderteufel und Schlangengeister" zu bezeichnen. Nicht vergessen dürfe allerdings auch, daß Mao in seinen späten Jahren auch ein paar gute Gedanken zu

Fragen der Literatur und Kunst geäußert habe.

Zum Schluß seiner Rede forderte Hu Qiaomu die Schriftsteller und Künstler (insbesondere die Parteimitglieder unter ihnen) auf, in Zukunft weniger über die negativen Ereignisse in der Geschichte des sozialistischen China, insbesondere über die Kulturrevolution, zu schreiben. Sie sollten stattdessen ihr Hauptaugenmerk auf den gegenwärtigen Aufbau eines modernen sozialistischen China und eines "neuen Lebens" legen. Sie sollten dem Volk Vertrauen, Hoffnung, Optimismus und Stärke vermitteln. Sie sollten in ihren Werken nach vorn schauen und nicht zurück, und sie müßten jederzeit eine positive Haltung gegenüber der Zukunft der Partei, des Volkes und des sozialistischen China einnehmen.

-sch-

(11) "Bürgerliche Liberalisierung" und "Befreiung des Denkens"

Das theoretische Organ des ZK der KPCh, die "Rote Fahne" (Hongqi), druckte Anfang Dezember 1981 einen Artikel ab, in dem zum wiederholten Male zum Kampf gegen bürgerliche Liberalisierungstendenzen aufgerufen wurde (Yu Yiding, "Über die Befreiung des Denkens und den Kampf gegen die bürgerliche Liberalisierung", in: HQ, 1981/Nr.23, S.23-28). Dem Artikel zufolge gibt es gegenwärtig in der chinesischen Gesellschaft, insbesondere jedoch unter einem Teil der Intellektuellen und unter der Jugend, einen Trend, den sozialistischen Weg zu verlassen, die Führung durch die KPCh abzulehnen und eine bürgerliche Liberalisierung anzustreben. Früher sei der von linken Kräften vorgebrachte grundsätzliche Widerstand gegen die auf der 3. Plenartagung des XI. ZK der KPCh (Dezember 1978) beschlossene "Befreiung des Denkens" das Hauptproblem auf dem ideologischen Sektor gewesen. Heute sei dies jedoch die von rechten Kräften verfochtene bürgerliche Liberalisierung. Bürgerlich-liberale Tendenzen, die nicht nur unter der chinesischen Bevölkerung, sondern auch innerhalb der Partei verbreitet seien, behinderten die Einheit der Partei, zerstörten die Geschlossenheit des Volkes und gefährdeten die soziale Ordnung. Die Kritik dieser Zeitströmung sei deshalb gegenwärtig eine besonders wichtige Aufgabe an der ideologischen Front. Die Bekämpfung bürgerlicher Liberalisierungstendenzen diene aber auch der weiteren Schwächung der Linken, da diese versuchten, die bürgerliche Liberalisierung dem politischen Kurs der 3. Plenartagung anzulasten.

In dem obengenannten Artikel wendet sich der Autor vor allem gegen folgende zwei Ansichten:

1. Die von einigen Leuten vertretene Auffassung, daß die Kritik der bürgerlichen Liberalisierung die Befreiung des Denkens behindere und dem Geist der 3. Plenartagung des XI. ZK widerspreche, sei vollkommen falsch. Die Befreiung des Denkens richte sich nämlich sowohl gegen den linken Fehler der Verabsolutierung und Dogmatisierung des Marxismus-Leninismus und der Mao-Zedong-Ideen als auch gegen den rechten Fehler der Negie-

rung der Rolle des Marxismus-Leninismus und der Mao-Zedong-Ideen als Leitideologie. D.h., die auf der 3. Plenartagung des XI. ZK beschlossene Befreiung des Denkens erfordere den "Kampf an beiden Fronten" (liang tiao zhanxian shang de douzheng), d.h. gegen linke und rechte Abweichungen von der offiziellen Parteilinie.

2. Unter dem Vorwand der Befreiung des Denkens hätten sich einige Leute gegen die "Vier grundlegenden Prinzipien" (Führung durch die KPCh, sozialistischer Weg, Diktatur des Proletariats, Marxismus-Leninismus und Mao-Zedong-Ideen) gewandt und absolute Freiheit gefordert. Dies sei ebenfalls falsch, da die "Vier grundlegenden Prinzipien" nicht die Befreiung des Denkens behinderten, sondern lediglich der bürgerlichen Liberalisierung einen Riegel vorschoben würden. Letzteres sei auch notwendig, da die KPCh absolute Freiheit nicht zulassen werde. Es ginge nicht an, wenn man ohne Einschränkung alles sage, was man denke und so handle, wie man gerade wolle. Parteistatut und Gesetze müßten von allen eingehalten werden und die Partei werde es nicht dulden, daß Intellektuelle in Presse, Film und Literatur die Fehler der Partei übertrieben und das Bild der Partei verzerrten. Das Prinzip der Führung durch die Partei sei unantastbar, denn nicht zuletzt vertrete die Parteiführung die Interessen des ganzen Volkes und stelle die konzentrierte Weisheit des Volkes dar. Wenn jetzt einige Leute "Menschenrechte" und "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" forderten und die Einführung des bürgerlichen Mehrparteiensystems, des bürgerlichen Parlamentarismus und des bürgerlichen Wahlsystems verlangten, dann sei dies ein Rückfall in das 18. Jahrhundert des Bürgertums. Diese Dinge seien in China bereits mehrfach gescheitert, und außerdem biete das sozialistische China einen größeren Freiheitsraum als alle kapitalistischen Staaten. Darüber hinaus gebe es keine fortschrittlichere und wissenschaftlichere Ideologie als den Marxismus-Leninismus und die Mao-Zedong-Ideen.

Nach Ansicht des Autors gibt es unter jenen, die sich für eine bürgerliche Liberalisierung einsetzen, im wesentlichen zwei Gruppen:

1. Feinde des Sozialismus und der KPCh. Diese Gruppe müsse scharf verurteilt, bekämpft und bestraft werden.

2. "Genossen" mit bürgerlichen Vorurteilen, die sehr oft den proletarischen Standpunkt verließen und einen bürgerlichen Standpunkt einnahmen, ungenügendes Vertrauen in den Sozialismus hätten und idealistische Vorstellungen über den Kapitalismus hegten. Sie gäbe es sowohl unter der Bevölkerung als auch innerhalb der Partei. Man müsse versuchen, sie mit Hilfe von Kritik, Erziehung und "angemessenem Kampf" aufs richtige Gleis zurückzubringen. Bei den meisten von ihnen, insbesondere den Jugendlichen, handle es sich um ein Verständnisproblem, das vor allem mit erzieherischen Mitteln gelöst werden müsse.

Abschließend bezeichnete der Autor die Bekämpfung der bürgerlichen Liberalisierung als eine Aufgabe, die nicht mit einem Schlag und nicht durch brutale Maßnahmen, sondern nur langfristig und durch gewissenhafte ideologische Arbeit bewältigt werden könne. (Siehe hierzu auch die Übersicht "Hu Qiaomu über 'bürgerliche Liberalisierungstendenzen'" in diesem Heft.)

Im Rahmen der ideologischen Bekämpfung bürgerlicher Liberalisierungstendenzen steht offenbar die auffallende Zunahme von Berichten in der "Volkszeitung" über die kritische wirtschaftliche und soziale Lage in den kapitalistischen Ländern.
-sch-

(12) "Geistige Zivilisation des Sozialismus", "Fünf Gebote" und "Vier gute Tugenden"

Um einem einseitig auf den eigenen materiellen Wohlstand fixierten Denken des Volkes und der Funktionäre entgegenzutreten, propagieren die Massenmedien der KPCh seit Beginn des Jahres 1981 den Aufbau einer "geistigen Zivilisation des Sozialismus" (siehe u.a. C.a., Januar 1981, S.12). Mit der Verbreitung einer neuen sozialistischen Ethik soll darüber hinaus das sich seit dem Beginn der Kulturrevolution permanent verschlechternde Sozialverhalten verbessert werden. So läuft seit Februar 1981 eine landesweite Kampagne für zivilisiertes und höfliches Benehmen, bei der vor allem die "Fünf Gebote" (wu jiang) und die "Vier guten Tugenden" (si mei) propagiert werden.

Die "Fünf Gebote" umfassen:

1. Anstand
2. Höflichkeit
3. Hygiene
4. Zucht und Ordnung
5. Moral.

Die "Vier guten Tugenden" beinhalten:

1. Korrekte Geisteshaltung
2. höfliche Sprache
3. gesittetes Verhalten
4. anständiges Äußeres.

Auch der vor 20 Jahren verstorbene VBA-Modellheld Lei Feng wurde für die neue Kampagne propagandistisch reaktiviert: Von ihm sollen vor allem die Kinder und Jugendlichen lernen, daß man selbstlos und hilfsbereit sein muß und den Befehlen der Partei blind folgen soll.

In einem Kommentar vom 4. Dezember 1981 nannte die "Volkszeitung" vier "hauptsächliche Bestandteile" bzw. "grundlegende Voraussetzungen" der angestrebten "geistigen Zivilisation des Sozialismus":

1. Die KPCh muß den besten Arbeitsstil aller politischen Parteien des Proletariats auf der Welt haben.
2. Die verschiedenen Nationalitäten, Schichten und gesellschaftlichen Gruppen Chinas müssen ideologisch, politisch und moralisch in hohem Maße übereinstimmen.
3. China muß sowohl einen hohen Grad an demokratischem Leben als

auch strenge Disziplin und eine vorzügliche Ordnung haben.

4. China muß ein reichhaltiges und vielfältiges kulturelles Leben, vortreffliche Umweltbedingungen und ein makelloses Gesundheitswesen haben.

Die "Volkszeitung" forderte die Funktionäre aller Ebenen auf, sich neben dem Wirtschaftsaufbau ("materielle Zivilisation") für die Verwirklichung dieser vier Zielvorstellungen eine "geistigen Zivilisation des Sozialismus" einzusetzen. Dabei sollten die Führungsorgane und die Führungskader als Vorbild vorangehen.

Selbstverständlich bilde die Wirtschaft die Basis für die "geistige Zivilisation", doch stelle auch umgekehrt die "geistige Zivilisation" eine treibende Kraft für den Wirtschaftsaufbau dar. "Materielle" und "geistige" Zivilisation bedingten sich also gegenseitig und müßten deshalb eng miteinander verknüpft werden.
-sch-

(13) Chen Yun fordert offene Kritik und Selbstkritik der Funktionäre

Unter der Überschrift "Man muß ohne Rücksicht auf Gesichtsverlust die Wahrheit sagen" veröffentlichten die "Volkszeitung" und die "Guangming-Tageszeitung" am 31. Dezember 1981 einen Teil der Rede des heutigen stellvertretenden KPCh-Vorsitzenden Chen Yun auf dem VII. Parteitag der KPCh am 9. Mai 1945. Die auf Anweisung des ZK-Sekretariats und mit Zustimmung Chen Yuns erfolgte Veröffentlichung dieses Redeauszugs steht in Zusammenhang mit dem Aufruf des Zentralkomitees an die Parteifunktionäre, zum Zweck der Verbesserung des Arbeitsstils der Partei "Kritik und Selbstkritik" zu üben. In einer Vorbemerkung zum Abdruck dieses Teils der Rede von Chen Yun wurde betont, daß diese Ausführungen "von großer Bedeutung" für die Verwirklichung des Aufrufs der Partei seien und daß sie von allen Parteimitgliedern studiert und in die Praxis umgesetzt werden müßten. Die Bedeutung, die das Zentralkomitee dieser Rede beimißt, wird auch daraus ersichtlich, daß die "Volkszeitung" und die "Guangming-Tageszeitung" sie dreispaltig auf der ersten Seite abdruckten.

In dem veröffentlichten Auszug seiner Rede beklagt Chen Yun, daß ein "sehr großer" Teil der Funktionäre arrogant geworden sei: Sie wollten nur gelobt, aber nicht kritisiert werden, dächten nur an ihre Beförderung und widersetzten sich einer Degradierung. Sie erhoben Ansprüche auf ihre Verdienste, doch sie wollten nicht, daß man sie wegen ihrer Fehler zur Rechenschaft ziehe. Solche Funktionäre gebe es überall, doch in der Armee seien sie am zahlreichsten (sic!). Sie seien auf allen Rangstufen der Kaderhierarchie vertreten, doch die Gefahr, die von denen der höheren Rangstufen ausginge, sei am größten.

Chen Yun vertritt die Auffassung, daß die Arroganz dieser Kader aus einer individualistischen Bewertung ihrer eigenen Verdienste erwachsen

sei: Sie meinten, daß der Erfolg der Revolution in erster Linie von ihrer Person abhängt und erst in zweiter Linie von der KPCh und sogar erst in dritter Linie von den Kräften des Volkes. Diese Kader glaubten deshalb, daß sie für den weiteren Fortschritt der Revolution unentbehrlich seien. Diese Einschätzung sei jedoch völlig falsch. Vielmehr hänge der Erfolg der Revolution in erster Linie von den Kräften des Volkes, in zweiter Linie von der Führung durch die KP Chinas und erst in dritter Linie von einzelnen Personen ab. Die Rolle des Individuums dürfe weder völlig negiert noch überschätzt werden.

Chen Yun betont weiter, daß nicht nur die Verdienste des einzelnen nicht überschätzt, sondern auch seine Fehler nicht kaschiert werden dürfen. Die individuellen Fehler müßten klar angesprochen werden, und zwar ohne Rücksicht darauf, ob der Adressat sein Gesicht verlieren könnte oder nicht. Die Wahrheit müsse schonungslos gesagt werden, und nur wer sich der Kritik stelle, seine Fehler einsähe und sie aufrichtig korrigiere, könne sein Gesicht wahren. Nur auf diese Weise könnten und müßten die bestehenden Mängel und Fehler in der Arbeit der Partei überwunden werden, da die KPCh, ihre Armee und ihre Funktionäre die Verantwortung für das Schicksal des chinesischen Volkes tragen würden.
-sch-

(14) Artikel über Mao Zedong

Anlässlich des 88. Geburtstags von Mao Zedong am 26. Dezember 1981 veröffentlichte die "Volkszeitung" einen Gedenkartikel des stellvertretenden Ministerpräsidenten Bo Yibo. Zu Anfang des Artikels heißt es: "Genosse Mao Zedong hat sein ganzes Leben lang ernsthaft für die Revolution studiert, eine Unzahl von Büchern hierzu gelesen, sie tiefgründig angewendet und die (revolutionäre) Praxis angeleitet. Er hat damit allen Parteigenossen und dem ganzen Volk ein glänzendes Vorbild gegeben, und wir werden uns immer seiner erinnern. Viele Genossen meinen, daß die Weisheit und das Talent des Genossen Mao Zedong übermenschlich (guoren) waren. Dies wurde in vielerlei Hinsicht deutlich." Als Beispiel nannte Bo Yibo alte chinesische Sprichwörter und Redewendungen, die Mao mit Hilfe seines marxistischen Standpunktes neu gedeutet und für die kommunistische Sache nutzbar gemacht habe. Hierzu zählten u.a. die heute noch benutzte Parabel "Yu Gong versetzt Berge" und die Parole "Die Wahrheit in den Tatsachen suchen". Darüber hinaus habe Mao Zedong bestimmte historische Persönlichkeiten und Romanfiguren in den Dienst der Revolution gestellt. Mao habe jedoch nicht nur Lehren aus der Geschichte und aus alten Romanen gezogen und sie für die revolutionäre Sache genutzt, sondern er habe auch dem realen Leben und den Forderungen der Massen große Aufmerksamkeit geschenkt. Schließlich habe Mao Zedong entschlossen an der Wahrheit festgehalten und Fehler korrigiert. Gleichzeitig habe er bei der Aufrechterhaltung der Solidarität mit Genossen, die Fehler begangen hätten, großes Geschick entwickelt. Das für den letzten Punkt

gegebene Beispiel datiert aus dem Jahre 1945 - an die Kulturrevolution, während der er selbst von der Mao-Fraktion gestürzt wurde, durfte sich Bo Yibo offenbar nicht erinnern.

Einen weiteren Artikel zur Erinnerung an Mao veröffentlichte die "Volkszeitung" am 17. Dezember 1981: Der Aufsatz schildert ausführlich die Beteiligung Maos an dem Entwurf eines neuen Regenhutes für die Soldaten der Roten Armee i.J. 1929. Etwas anspruchsvoller gab sich die "Rote Fahne", die am 16. Dezember einen Artikel über "Die Beiträge des Genossen Mao Zedong zur marxistischen Erkenntnistheorie" veröffentlichte (HQ, 1981/Nr. 24, S. 20-24).

Der Rundfunksender von Maos Heimatprovinz Hunan berichtete am 25. Dezember, daß i.J. 1981 rund 2.000 ausländische Gäste aus über vierzig Ländern die Geburtsstätte Maos in Shaoshan und die Orte seiner "revolutionären Aktivitäten" in Changsha besucht hätten. In der Sendung wurden einige Lobeshymnen der ausländischen Besucher auf Mao zitiert (nach SWB, 31.12.81).

Die "Beijing Ribao" berichtete am 11. Dezember, daß kürzlich eine nationale Konferenz über das philosophische Denken Mao Zedongs stattgefunden habe (nach SWB, 30.12.81).

-sch-

(15) Liao Chengzhi dementierte Chen-Yun-Brief

Liao Chengzhi, ZK-Mitglied und stellvertretender Vorsitzender des Ständigen Ausschusses des V.NVK, erklärte Anfang Dezember 1981 auf eine entsprechende Frage eines Reporters der kommunistischen Hongkonger Tageszeitung "Da Gong Bao", daß der Ende November in Taiwan und Hongkong veröffentlichte angebliche Brief Chen Yuns eine reine Fälschung sei (DGB, 7.12.81; siehe auch C.a., November 1981, Ü 8). Während einer Sitzung der NVK-Abgeordneten aus Guangdong meinte Liao, daß Chen Yun einen derartigen Brief nie geschrieben habe und auch nie schreiben könnte. Dieser Brief sei ebenso eine Fälschung wie die angebliche interne Rede Chen Yuns, die im April 1980 in Hongkong veröffentlicht worden sei - damals gab es jedoch ein offizielles Dementi der chinesischen Nachrichtenagentur "Neues China".

-sch-

(16) Hebei meldet Erfolge im Kampf gegen Linkstendenzen

Einem Bericht der "Volkszeitung" vom 11. Dezember 1981 zufolge ist es der Parteiorganisation der Provinz Hebei mittlerweile gelungen, den langjährigen Einfluß des kulturrevolutionären Linkskurses abzuschütteln und den auf der 3. Plenartagung des XI. ZK im Dezember 1978 beschlossenen neuen politischen Kurs durchzusetzen. Die Fehler des früheren 1. Parteisekretärs (Liu Zihou) seien resolut korrigiert worden. Außerdem sei es gelungen, die Parteiführungsorgane zu säubern. Die Provinz könne nun daran gehen, sich verstärkt der wirtschaftlichen Entwicklung anzunehmen. In der Provinz Hebei hatte es seit September

1981 eine größere Kritikkampagne an den "linken" Fehlern des früheren 1. Parteisekretärs Liu Zihou gegeben (C.a., September 1981, Ü 22; C.a., Oktober 1981, Ü 12; Radio Hebei, 16.11.81, nach SWB, 2.12.81; Radio Hebei, 25.11.81, nach SWB, 8.12.81; Radio Hebei, 1. und 10.12.81, nach SWB, 12. und 19.12.81).

-sch-

(17) Tagungen der Provinz-Volkskongresse

Der V. Volkskongreß der Provinz Henan trat vom 24. bis 31. Dezember 1981 in Zhengzhou zu seiner 4. Tagung zusammen. Auf der Tagung wurden der amtierende Gouverneur Dai Suli zum Provinzgouverneur und der 1. Provinzpartei sekretär Liu Jie zum Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses des Volksgongresses der Provinz Henan gewählt (Radio Henan, 24.12.81 und 1.1.82, nach SWB, 5.1.82).

In der Provinz Hunan trat der V. Volkskongreß vom 24. bis 30. Dezember 1981 zusammen. Dabei fiel auf, daß der 1. Parteisekretär dieser Provinz, Mao Zhiyong, nicht an der Tagung teilnahm (Radio Hunan, 24.-26.12.81, nach SWB, 6.1.82).

In der Provinz Shandong fand die 4. Tagung des V. Provinz-Volksgongresses vom 23. bis 28. Dezember 1981 statt (Radio Shandong, 20.-28.12.81, nach SWB, 6.1.82).

-sch-

(18) 9.000 VBA-Angehörige zur Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung in Hainan eingesetzt

1981 hat die Führung des Militärbezirks der zur Provinz Guangdong zählenden Insel Hainan insgesamt 9.000 Soldaten und Offiziere zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung abgestellt. Dies berichtete Radio Hainan am 20.12.1981 (nach SWB, 30.12.81). Die Truppen hätten an über 250 Tagen Patrouillen vorgenommen, Gesetze und Bestimmungen propagiert, Erziehungsmaßnahmen für Jugendliche ergriffen und Kriminelle verfolgt. Den Soldaten sei es gelungen, nicht nur eine ungenannte Anzahl von Verbrechen zu verhaften, sondern auch einige bewaffnete Auseinandersetzungen zu beenden. Bei den "bewaffneten Auseinandersetzungen" scheint es sich um Clan-Kämpfe zu handeln, die auf Hainan offenbar häufiger vorkommen. Aus Hainan waren in den letzten Jahren mehrfach Unruhen gemeldet worden.

-sch-

(19) Haftbefreiung für Wu Faxian

Der während des Prozesses gegen die "Viererbande" und die "Lin-Biao-Clique" zu 17 Jahren Gefängnis verurteilte frühere Kommandeur der Luftwaffe, Wu Faxian, ist aus Gesundheitsgründen aus der Haft entlassen worden. Dies berichtete ein Korrespondent der KPCH-orientierten Hongkonger Zeitung "Xin Wan Bao", der an der 4. Tagung des V. NVK teilgenommen hatte (Xin Wan Bao, 4.12.81, nach SWB, 9.12.81). Der Journalist

berichtete weiterhin, daß der zu 18 Jahren Gefängnis verurteilte frühere Privatsekretär Maos, Chen Boda, in der geschlossenen Abteilung eines Beijinger Krankenhauses medizinisch behandelt werde. Die mit zweijährigem Vollstreckungsaufschub zum Tode verurteilte Mao-Witwe Jiang Qing befände sich mittlerweile in einem Gefängnis in einer landschaftlich schönen Gegend im Süden Chinas. Sie würde den ganzen Tag über nichts anderes tun als Puppen basteln. Wang Hongwen habe mittlerweile eine bessere Arbeitshaltung eingenommen, während Yao Wenyuan seine Verbrechen nach wie vor nicht eingestehe.

-sch-

(20) Meldungen über Bombenanschläge bestätigt

In ihren Berichten auf der 4. Tagung des V. Nationalen Volksgongresses im Dezember 1981 haben der Präsident des Obersten Volksgerichtshofs, Jiang Hua, und der Generalstaatsanwalt der Obersten Volksstaatsanwaltschaft, Huang Huoqing, Bombenanschläge zusammen mit Mord, Raub, Vergewaltigung und Brandstiftung als besonders schwerwiegende Verbrechen des Jahres 1981 bezeichnet. Sie bestätigten damit indirekt eine Reihe von Meldungen der Provinzrundfunksender über terroristische Gewaltakte, über die CHINA aktuell bereits mehrfach berichtet hat (siehe C.a., Februar 1981, S. 112-115; C.a., April 1981, Ü 13; C.a., Mai 1981, Ü 19; C.a., Juni 1981, Ü 9). Huang Huoqing sprach darüber hinaus von der Notwendigkeit, entschlossen gegen Sabotageakte von Anhängern der "Viererbande" und Lin Biaos vorzugehen (MRMB, 16.12.81).

In der Zeit von August bis Dezember 1981 wurden aus folgenden Provinzen bzw. Landesteilen Bombenanschläge gemeldet: Insel Hainan (Radio Hainan, 22.10.81, nach SWB, 10.11.81), Provinz Henan (Radio Henan, 14.8.81, nach SWB, 22.8.81; Radio Henan, 29.12.81, nach SWB, 5.1.81), Provinz Jiangxi (Radio Jiangxi, 28.12.81), Provinz Jilin (Radio Jilin, 18.8.81, nach SWB, 27.8.81) und Provinz Sichuan (Radio Sichuan, 7.12.81, nach SWB, 11.12.81).

-sch-

(21) Verhaftung vatikan-treuer Katholiken

Mehr als zwanzig katholische Priester und Gläubige sind allein in Shanghai im November 1981 verhaftet worden. Nach Berichten, die von religiösen Kreisen in Hongkong verbreitet und von ausländischen Diplomaten in Shanghai bestätigt worden sind, haben die Sicherheitsbehörden zehn Jesuitenpater, einen ehemaligen Bischof sowie mehrere Priester und Laienaktivisten festgenommen. Die Wohnungen der Verhafteten wurden anschließend von der Polizei durchsucht. Unter den Festgenommenen befinden sich die Jesuitenpater Vincent Zhu Hongsheng, Joseph Zhen Wenhuan, Stanislaus Shen Baizhun und Fu Hezhou. Nahezu alle der Verhafteten sind über sechzig Jahre alt und haben schon mehrere Jahrzehnte in chinesischen Gefängnissen und Straflagern verbracht. Der prominenteste unter ihnen ist der 65jährige Jesuit Vincent Zhu Hong-

sheng, ein in Frankreich, Irland und in den USA ausgebildeter Ordenspriester. Der Pater kehrte 1947 nach China zurück, wurde 1954 zum ersten Mal verhaftet und 1960 formell zu einer 15-jährigen Freiheitsstrafe verurteilt. Seit seiner Freilassung i.J. 1979 lebte Vincent Zhu Hongsheng bei seinem Bruder in Shanghai. Er hatte gute Kontakte zu ausländischen Diplomaten und Journalisten und traf regelmäßig mit Besuchergruppen zusammen.

Die in Shanghai Verhafteten gehören zu jener Gruppe von Katholiken, die nach wie vor die Autorität des Papstes und des Vatikans anerkennen und sich weigern, mit der kommunistisch fremdbestimmten "Patriotischen Vereinigung der chinesischen Katholiken" zusammenzuarbeiten. Die "Patriotische Vereinigung der chinesischen Katholiken" war 1957 auf Initiative der KP Chinas als nationale Kirchenführung der chinesischen Katholiken gegründet worden und hatte sich kurze Zeit später von Rom losgesagt. Nach wie vor weigern sich offenbar viele chinesische Katholiken, mit dieser offiziellen Kirchenführung zusammenzuarbeiten. Dies gilt insbesondere für Shanghai und die benachbarten Provinzen Jiangsu und Zhejiang. Auch in diesen Provinzen sollen unlängst Massenverhaftungen von vatikantreuen Katholiken vorgenommen worden sein.

Die chinesischen Sicherheitsbehörden gaben keine Gründe für die offensichtlich sorgfältig geplante Aktion. Aus Hongkong heißt es jedoch, daß die katholischen Gläubigen wegen ihrer Kontakte zu Ausländern und der Vermittlung religiöser Informationen an den Vatikan verhaftet worden seien. Eine indirekte Erklärung für die Verhaftungen gab der stellvertretende Leiter der Abteilung Einheitsfrontarbeit des Zentralkomitees, Zhang Zhiyi, bei einer Zusammenkunft von NVK- und PKCV-Abgeordneten aus religiösen Kreisen am 13. Dezember 1981 in Beijing: Die zunehmende Infiltration von "reaktionären ausländischen Kräften" und die "illegalen Aktivitäten einiger Konterrevolutionäre" und schlechter Elemente unter dem Deckmantel der Religion dürften nicht länger ignoriert werden. "Diese Leute sind in religiösen Kreisen verborgene Konterrevolutionäre, die dem Willen des Vatikans folgen, kriminelle Aktivitäten gegen China und das chinesische Volk begehen und versuchen, die Unabhängigkeit der chinesischen Kirchen zu unterminieren." Es sei, so Zhang Zhiyi, "vollkommen korrekt, diesen Leuten einen Schlag zu versetzen", denn dies sei eine politische und keine religiöse Angelegenheit (XNA, 13.12.81, nach SWB, 17.12.81; siehe auch H.Opletal, in: HAZ, 9.12.81; MD, 9.12.81, S.5).

(22) Unruhen in der Inneren Mongolei?

Einer Meldung der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS vom 10. November 1981 zufolge (die sich wiederum auf "Tokyo Shimbun" beruft) haben Ende Oktober 1981 in der Hauptstadt des Autonomen Gebietes Innere Mongolei, Hohhot, Massendemonstrationen der mongolischen Nationalität gegen

die herrschenden Han (Chinesen) stattgefunden (nach SWB, 14.11.81). An den Demonstrationen hätten sich mehrere Tausend Studenten und Arbeiter beteiligt. Die Unruhen seien durch eine Entscheidung der Zentralregierung hervorgerufen worden, nach der weitere 400.000 Chinesen in der Inneren Mongolei angesiedelt werden sollten (gegenwärtig leben ca. 16 Millionen Han, 2 Millionen Mongolen und 320.000 Angehörige anderer nationaler Minderheiten in dem Autonomen Gebiet Innere Mongolei). Unter bezug auf die "Tokyo Shimbun" berichtete TASS weiter, daß die Demonstrationen mehrere Tage gedauert hätten. Dabei seien auch Gebäude der lokalen Verwaltungsorgane angegriffen worden, wobei die Demonstranten gerufen hätten: "Beendet die Unterdrückung der nationalen Minderheiten!" Den chinesischen Autoritäten sei es nur mit Hilfe von Sicherheitskräften gelungen, die Kontrolle über die Stadt zurückzugewinnen.

Eine indirekte Bestätigung dieser Unruhen stellt eine Direktive des Zentralkomitees der KP Chinas "über die Arbeit in der Inneren Mongolei" dar, über die von den chinesischen Medien im November und Dezember berichtet wurde. In dieser Direktive verlangt das Zentralkomitee neben einer beschleunigten Wirtschaftsentwicklung vor allem eine Verbesserung der Beziehungen zwischen den verschiedenen Nationalitäten und die Stärkung ihrer Einheit untereinander (Xinhua, 6. und 24.11.81, nach SWB, 10. und 27.11.81; RMRB, 17.12.81). Aufrufe zur "Stärkung der Einheit zwischen den Nationalitäten" erfolgen in der Regel dann, wenn es in den Gebieten der nationalen Minderheiten zu Friktionen zwischen der einheimischen Bevölkerung und den dominierenden Han gekommen ist. Dies war zuletzt in Xinjiang (siehe C.a., September 1981, Ü 20) und in Tibet (C.a., Juni und Juli 1980) der Fall.

WISSENSCHAFT AUSBILDUNG KUNST UND MEDIEN

(23) Gesellschaft für Geschichte der Auslandschinesen

Im Dezember 1981 wurde in Beijing eine Gesellschaft zum Studium der Geschichte der Auslandschinesen gegründet. Die Gründung erfolgte anlässlich eines siebtägigen Symposiums zur Geschichte der Auslandschinesen. Präsident wurde der Vorsitzende des Gesamtchinesischen Verbandes der zurückgekehrten Auslandschinesen, Zhuang Xiquan. Liao Chengzhi, Leiter des Amtes für Angelegenheiten von Auslandschinesen beim Staatsrat, wurde Ehrenpräsident der Gesellschaft. Liao rief die Historiker auf dem Symposium auf, so bald wie möglich eine Geschichte der Auslandschinesen in Südostasien und Amerika zu verfassen (XNA, 19. u. 21.12.81; RMRB, 21.12.81).

(24) Statistik über den Bildungsstand der chinesischen Bevölkerung

In einem im Oktober in Shanghai er-

schienenen "World Economy Guide" (Shijie Jingji Daobao) wurden zum Bildungsstand der chinesischen Bevölkerung der VR China einige bemerkenswerte Angaben zu folgenden Sparten gemacht (vgl. SWB, 1.12.81):

Analphabetentum: Die Zahl der Analphabeten in China wird mit 150 Mio. beziffert. Als Grund für diese hohe Zahl wird angeführt, daß der Grundschulbesuch noch nicht überall wirklich eingeführt ist. Nominell besuchten zwar 96% aller Kinder im Schulalter eine Schule, so heißt es, aber tatsächlich erlangten nur 30% von ihnen den Grundschulabschluß. **Schulkapazität:** Gut 12% der Schüler mit Grundschulabschluß könnten keine Sekundarschule besuchen. Gut 50% der Unterstufe der Sekundarschulen könnten nicht in die Oberstufe übernommen werden. Nur 14 von 10.000 Schülern, die die Oberstufe der Sekundarschule besuchen, könnten einen Studienplatz an einer Hochschule erlangen. **Lehrer mit Hochschulabschluß:** Nur 40% aller Sekundarschullehrer hätten ein Hochschulstudium absolviert. **Bildungsstand der Arbeiter:** Das wissenschaftliche und technische Niveau der Arbeiter sei recht niedrig. Erhebungen unter 20,78 Mio. Arbeitern im Jahre 1979 hätten ergeben, daß der Bildungsstand von 80% der Arbeiter unter dem der "mittleren Reife" ("junior middle school") liege. Gut 7,8% von ihnen seien Analphabeten oder könnten nur ungenügend lesen und schreiben. Ein besonderes Problem stellten die Arbeiter dar, die ihre Schulbildung in der Zeit der Kulturrevolution erhalten hätten, was bei etwa der Hälfte der insgesamt 99,45 Mio. Arbeiter Chinas (Ende 1979) der Fall sei. Ihr Bildungsstand sei niedriger als ihre schulische Qualifikation. Von den 4 Mio. Arbeitern Shanghais seien gut 2 Mio. während der Kulturrevolution ins Arbeitsleben eingetreten. 10% von ihnen seien Analphabeten, 50% hätten die Grundschule durchgemacht, 40% hätten die Unterstufe und 10% von diesen die Oberstufe der Sekundarschule absolviert. **Bildungsstand der Kader:** Von den 18 Mio. Kadern in China hätten nur 18% eine Hochschule besucht, und nur 2,4% von ihnen seien Ingenieure, Dozenten, Chefärzte und Wissenschaftler. Im Jahre 1978 habe der Anteil der Ingenieure und Techniker unter den in der Industrie Beschäftigten nur 2,8% betragen.

Überraschen muß die hohe Zahl der Analphabeten. Es ist nicht ersichtlich, welches Kriterium für die Ermittlung der Analphabetenrate angelegt worden ist, doch ist zu vermuten, daß in dieser nicht nur vollkommene Analphabeten enthalten sind, sondern auch teilweise, d.h. also Leute mit ungenügender Lese- und Schreibfähigkeit. Daß die Zahl der Leute mit nicht ausreichender Lese- und Schreibfähigkeit sehr groß sein muß, beweist auch der geringe Anteil der Schüler mit Grundschulabschluß. Ein großer Teil der Kinder, besonders in zurückgebliebenen ländlichen Gebieten, besucht nur sporadisch die Schule, und die erlernten Schriftzeichen werden schnell wieder vergessen.